

**N I E D E R S C H R I F T**

(öffentlicher Teil)

40. Sitzung des Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 08.06.2017
Sitzungsbeginn:	16:34 Uhr
Sitzungsende:	18:35 Uhr
Sitzungsort:	Kantine Entsorgungsbetriebe Lübeck, Malmöstraße 22, Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Henri Abler- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Dirk Rewohl- SPD

Vertretung für: Herrn Harald Quirder

Gerhard Burmester- SPD

Vertretung für: Herrn Peter Reinhardt

Ulrich Krause- CDU

Martin Kucharzik- CDU

Vertretung für: Herrn Dirk Freitag

Silke Mählenhoff- Bü90/DIEGRÜNEN

Frank Zahn- SPD

Harald Klix- FREIE WÄHLER&DIE LINKE

Vertretung für: Herrn Bruno Böhm

Thomas Rathcke- FDP

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dieter Rosenbohm- BfL

Günter Büttner- CDU

Dr. Volker Koß- grün+alternativ+links (GAL)

Thomas Kröger- SPD

Vertretung für: Herrn Thomas Wiese

Klaus Hinrich Rohlf- CDU

Lars Ulrich- BfL

Verwaltung

Jürgen Adler-

EBL

Ingo Beutler-

SBV EBL

Senator Ludger Hinsen-

FB 3 FBL

Britta Kappelmann-

FB 1.300 - Bereich Recht

Dr. Olga Koop-

FB 3 FBC

Norbert Kurt-

Personalrat SRL

Dirk Machinia-

EBL

Tino Martsch-

EBL

Matthias Pommer-	Personalrat SRL, SBV SRL
Manfred Rehberg-	Spartenleiter Stadtreinigung, GF EZL GmbH
Stefan Schmedemann-	EBL
Heiko Sikorra-	Personalrat SRL
Cornelia Tews-	EBL
Enno Thyen-	Spartenleiter Stadtentwässerung EBL
Dr. Jan-Dirk, Verwey-	Direktor EBL
Erhard Wilcken-	GF Werkausschuss
Protokollführung	
Undine Wetter-	EBL
Gäste	
1 Bürger-	nur öffentl. Teil
Lutz Baltz-	RPA, nur öffentl. Teil u. zu TOP 13.1
Dr. Katja Schur-	RPA, nur öffentl. Teil u. zu TOP 13.1
Dirk Sieburg-	RPA, nur öffentl. Teil u. zu TOP 13.1
Kai Dordowsky-	LN, nur öffentl. Teil
Rüdiger Longuet- CDU	CDU
Brigitte Ziebell- CDU	CDU
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Harald Quirder- SPD	fehlt entschuldigt
Dirk Freitag- CDU	fehlt entschuldigt
Peter Reinhardt- SPD	fehlt entschuldigt
Bruno Böhm- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Wiese- SPD	fehlt entschuldigt
Sonstige Personen	
Inge Hennig- Seniorenbeirat	Seniorenbeirat, nur öffentl. Teil

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
3.	Feststellung der Niederschrift der 39. Sitzung des Werkausschusses am 11.05.2017 - öffentlicher Teil
4.	Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
4.2.	Mitteilungen der Werkleitung
4.2.1.	OVG Urteil zum Normenkontrollverfahren Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsggebührensatzung
4.2.2.	Veranstaltungen EBL
5.	Vorlagen
6.	Berichte
7.	Überweisungsanträge aus der Bürgerschaft
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
9.	Verschiedenes
15.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
--

Vor Eintritt in die Sitzung verpflichtet der Vorsitzende durch Handschlag Herrn Dirk Rewohl nach § 46 Abs. 6 GO Schl.-H. auf die gewissenhafte Erfüllung der Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
--

Herr Dr. Koß bittet, den TOP 12.3 – Ankauf eines Gewerbegrundstückes in der Posener Straße sowohl im öffentlichen als auch im nichtöffentlichen Teil zu behandeln. Der Vorsitzende schlägt vor, diesen Punkt im öffentlichen Teil unter TOP 9 – Verschiedenes zu besprechen.

Der Ausschuss erklärt sich einverstanden und beschließt einstimmig die Tagesordnung mit der Änderung und unter Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil.

zu 3 Feststellung der Niederschrift der 39. Sitzung des Werkausschusses am 11.05.2017 - öffentlicher Teil

Der Ausschuss stellt die Niederschrift Nr. 39 vom 11.05.2017 (öffentlicher Teil) durch einstimmigen Beschluss fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

Herr Senator Hinsen berichtet im Verlauf der Sitzung zu den Themen.

zu 4.2 Mitteilungen der Werkleitung

zu 4.2.1 OVG Urteil zum Normenkontrollverfahren Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung

Herr Dr. Verwey erläutert den Ausschussmitgliedern das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) Schleswig vom 15.05.2017. Er verweist auf die Besonderheit des Normenkontrollverfahrens, bei dem die gesamte Satzung einschließlich der Gebührenkalkulation vom Gericht überprüft worden seien. Das Gericht habe alle relevanten Punkte in diesem Zusammenhang geprüft, wie z. B. die Kalkulation der Unterdeckung. Sie seien diskutiert und für plausibel erklärt worden.

Nicht einverstanden war das Gericht allerdings mit zwei Sachverhalten, zum einen, dem Beginn des Zeitraumes zum Ausgleich von Über- bzw. Unterdeckungen und zum anderen, der Höhe des Allgemeininteresses, insbesondere für den Winterdienst.

Im weiteren Verlauf habe das Gericht entschieden und bekannt gegeben, wie es nicht sein darf, z. B. dass der Eigenanteil der Hansestadt Lübeck mit 15 % für den Winterdienst zu gering sei. Jedoch habe es keine konkreten Hinweise zu neuen Lösungen gegeben. Dies werde nunmehr auf die Entscheidungsträger verlagert und müsse durch das politische Gremium entschieden werden.

Herr Dr. Verwey erklärt weiterhin die Ausgleichszeiträume in der Gebührenkalkulation sowie die einzelnen Schritte dazu. Er betont, dass es auf die Urteilsbegründung des OVG ankäme und diese abzuwarten sei. Vorher könne die EBL keine Änderungen an der Satzung vornehmen. Abschließend zeigt sich Herr Dr. Verwey enttäuscht von der Verhandlung mit einer Entscheidung, ohne konkrete Lösungswege aufzuzeigen.

Zu diesem Thema diskutieren die Herren Rathcke, Dr. Koß, Krause, Zahn, Rohlf, Dr. Verwey und Frau Mählenhoff.

Frau Kappelmann erklärt den Ausgleich zwischen den Kalkulationsperioden und betont, dass ein zwingender Ausgleich innerhalb eines Jahres nicht notwendig sei. Auch sei ein Feststellungszeitpunkt nicht benannt worden. Hier sei die Entscheidung des Gerichts abzuwarten.

Weiter geht es mit der Frage von Herrn Rohlf um den Öffentlichkeitsanteil der Hansestadt Lübeck von 15 % im Winterdienst. In den LN habe er zwischen 5 und 40 % gelesen. Herr Dr. Verwey erklärt, dass im KAG SH zur Höhe des Allgemeininteresses keine Aussage zu finden sei. In anderen Kommunen gebe es klare Vorgaben. So habe sich die Hansestadt Lübeck seinerzeit auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes berufen, wonach die Untergrenze von 15 % angemessen sei. Dieser Anteil bestehe seit Jahren in Lübeck. Das OVG habe diesen Prozentsatz als zu gering moniert. Somit sei eine Neuberechnung des Anteils der HL im Winterdienst notwendig, die Entscheidung treffe die Bürgerschaft. Die EBL habe für die HL bereits eine erste differenzierte Berechnung des Allgemeininteresses entwickelt. Im Rahmen dieses Modells, das vorgestellt wurde, würde mit Sätzen zwischen 5 und 40 % gearbeitet.

Herr Senator Hinsin verweist auf zwei denkbare Lösungen. Zum einen sollte das Urteil des OVG abgewartet werden, was noch einige Wochen dauern könne. Zum anderen sei eine Lösung über den Gesetzgeber möglich. Das KAG-Urteil habe überregionale Bedeutung. Nach Urteilsbegründung könne die Politik auf der gesetzgeberischen Seite Klarheit schaffen.

Herr Dr. Verwey ergänzt, dass z. B. in Niedersachsen der Gesetzgeber reagiert und einen Paragraphen entsprechend geändert habe.

Zum Thema Anliegerstraßen und Kategorien sprechen die Herren Dr. Koß, Rathcke, Rehberg und Dr. Verwey.

Herr Burmester zeigt sich verärgert über eine Äußerung eines Mitgliedes der Kommunalpolitik, der öffentlich zu diesem Thema von „Abzockerei“ gesprochen habe.

Er habe diesen Vorwurf persönlich und schriftlich vehement zurückgewiesen. Der Werkausschuss habe sich im Vorwege viele Gedanken gemacht und es könne nicht sein, dass die Ausschussmitglieder sich so eine Art der Auseinandersetzung gefallen lassen müssen. Dies sei nicht hinnehmbar. Der Vorsitzende stimmt Herrn Burmester zu.

Herr Dr. Koß möchte wissen, ob die EBL zum 1.1.2018 eine neue Satzung leisten könne, da das Gerichtsurteil noch ausstehe und erst nach der Sommerpause an einer Neuaufstellung gearbeitet werden könne. Herr Dr. Verwey hofft auf eine baldige Urteilsbegründung und sieht ebenfalls die Zeitnot, die die gesamte Organisation stark belaste.

Abschließend bittet Herr Dr. Verwey die Ausschussmitglieder um Vorsicht bei der Kommunikation nach außen, gerade zum Thema Gebührenerstattung. Es sei abzuwarten, bis die neuen Gebühren durch eine verlässliche Kalkulation feststehen würden.

zu 4.2.2 Veranstaltungen EBL

Herr Dr. Verwey gibt bekannt, dass der EBL-Flohmarkt am 17.06.2017 stattfindet.

Ebenso spricht er eine herzliche Einladung zur Inbetriebnahme des neuen Wertstoffhofes in Herrenwyk am 24.06.2017 um 10 Uhr aus. Es wird eine formlose Eröffnung geben.

Weiter bereitet die EBL zum 50. Jahrestag des Zentralkläwerkes am 9.7.2017 von 11 bis 16 Uhr einen Tag der offenen Tür vor. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

zu 5 Vorlagen

Keine.

zu 6 Berichte

Keine.

zu 7 Überweisungsanträge aus der Bürgerschaft

Keine.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Keine.

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 Anfrage des Herrn Dr. Koß zum Grundstückskauf Posener Straße

Herr Dr. Verwey erklärt die Suche eines zentralen Grundstückes für einen neuen Wertstoffhof. Es sei nicht einfach gewesen, ein gut gelegenes, großes Grundstück zwecks Umsetzung des Konzeptes neuer Wertstoffhof zu erwerben.

Herr Senator Hinsen ergänzt, dass der jetzige Wertstoffhof in der Kanalstraße zwar gern genutzt werde, jedoch der Standort zur Weiterentwicklung der Altstadt hinderlich sei. Außerdem entspreche dieser nicht mehr den Maßstäben, die heutzutage an neue, moderne und großflächige Wertstoffhöfe gestellt werden. Auch sei eine unmittelbare Erreichbarkeit mit dem PKW erforderlich. Das bietet der alte Wertstoffhof in Summe nicht und er bittet die Ausschussmitglieder, im nichtöffentlichen Teil einer Kaufentscheidung zuzustimmen.

Weiter sprechen hierzu die Herren Zahn, Krause, Dr. Verwey und Senator Hinsen.

zu 9.2 Anfrage des Herrn Büttner

Herr Büttner bezieht sich auf einen Presseartikel in den Lübecker Nachrichten über die MBA und ist der Meinung, dass hier der Informationslevel wesentlich tiefer als die Diskussion im Ausschuss gewesen sei. Er wundert sich über die zitierten Zahlen und vermisst ein Konzept zur Urteilsbildung.

Herr Dr. Verwey betont, dass diese Themen in mehreren Ausschusssitzungen behandelt worden seien, einschließlich der wirtschaftlichen Ergebnisse. Es könne nur das gewertet werden, was die EBL dazu vortrage. Er würde für den Zeitungsartikel keine Verantwortung übernehmen, findet ihn jedoch gut. Das Material stammt aus dem öffentlichen Teil der letzten Sitzung. Die EBL besitze strategische Konzepte mit Bürgerschaftsbeschlüssen dazu.

Herr Rathcke findet, dass die Pressemitteilung wohlwollend für die EBL ausfalle und man diesen nicht als Aufhänger nehmen könne.

Frau Mählenhoff findet das große Lob im Presseartikel für die Anlage positiv und versteht ebenso nicht die Kritik von Herrn Büttner.

Der Vorsitzende erklärt nach Prüfung der Tagesordnung, dass im nichtöffentlichen Teil keine seniorenrelevanten Angelegenheiten anfallen. Die Vertreterin des Seniorenbeirates verlässt die Sitzung.

Der Vorsitzende stellt um 17:47 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende erklärt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung 4 Beschlüsse gefasst worden seien und schließt die Sitzung um 18:35 Uhr.

Lübeck, den 28. Juli 2017

Henri Abler
Vorsitzender

Undine Wetter
Protokollführung